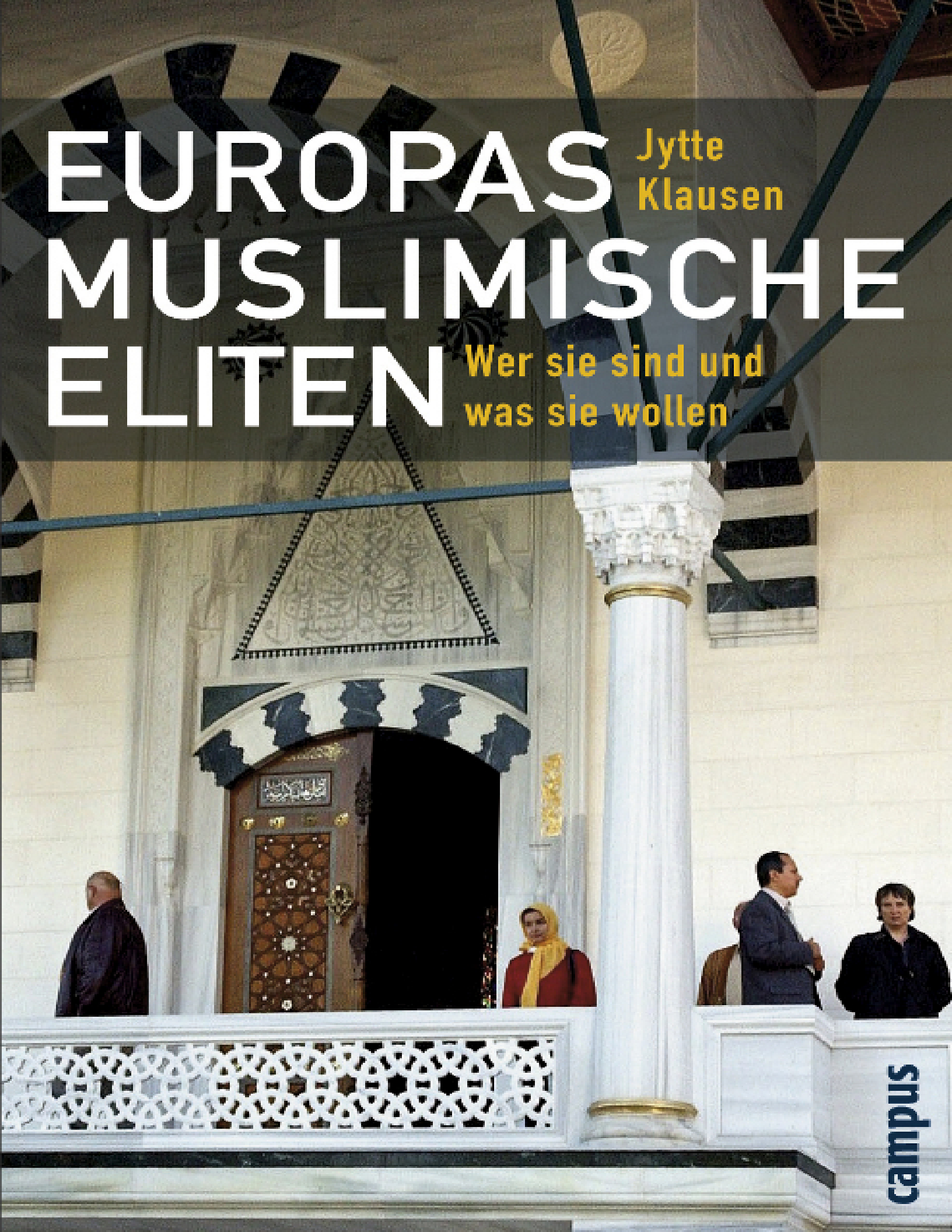


# EUROPAS MUSLIMISCHE ELITEN

Jytte  
Klausen

Wer sie sind und  
was sie wollen

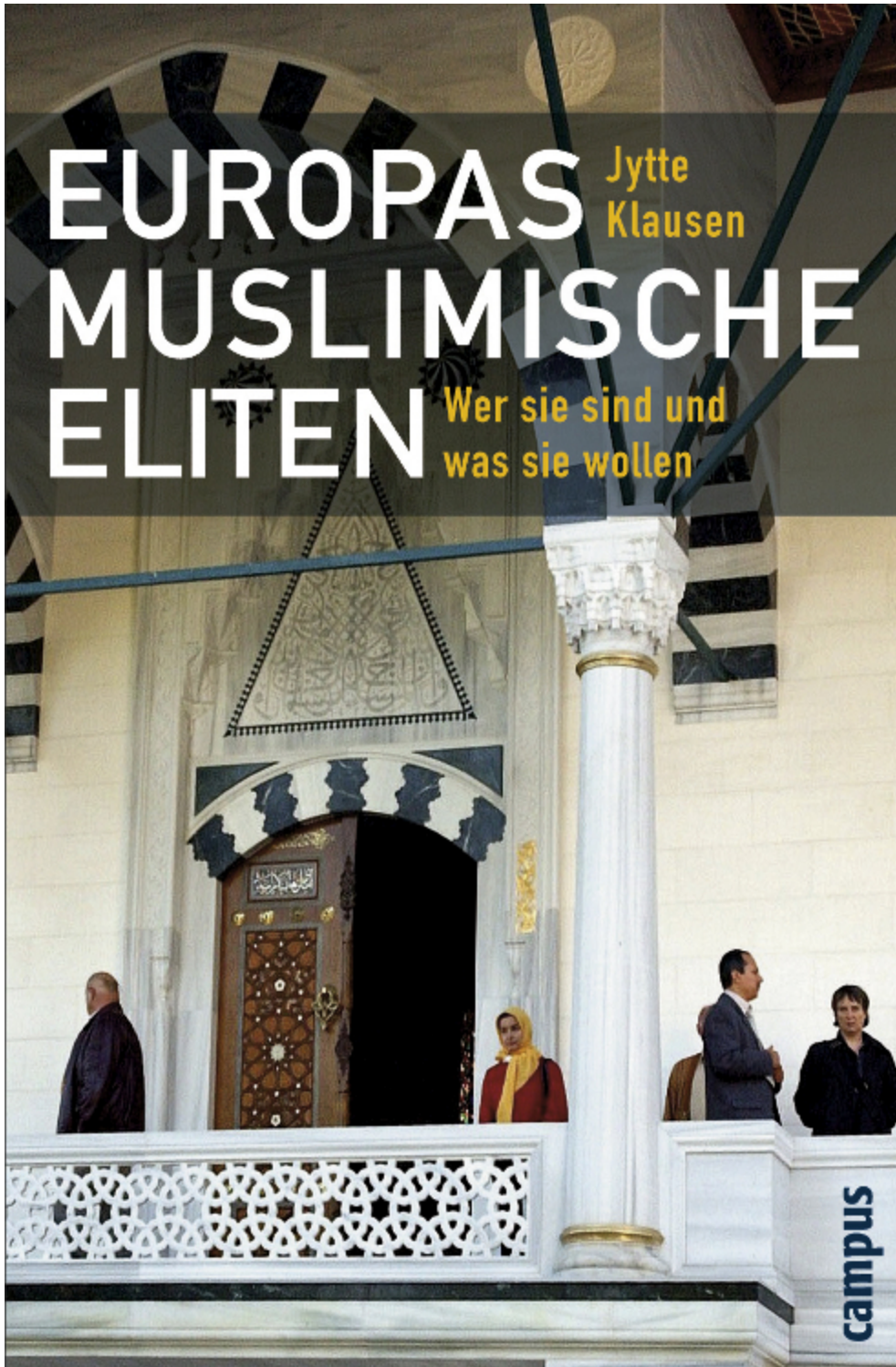


campus

# EUROPAS MUSLIMISCHE ELITEN

Jytte  
Klausen

Wer sie sind und  
was sie wollen



**campus**

[www.campus.de](http://www.campus.de)

Klausen, Jytte

# **Europas muslimische Eliten**

*Wer sie sind und was sie wollen*

**campus**

# Impressum

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2006. Campus Verlag GmbH

Besuchen Sie uns im Internet: [www.campus.de](http://www.campus.de)

E-Book ISBN: 978-3-593-40237-6

# Einleitung: Der Islam in Europa

In diesem Buch kommen Parlamentsabgeordnete, Stadträte, Ärzte und Ingenieure, Professoren, Anwälte und Sozialarbeiter, kleine Unternehmer, Übersetzer sowie Aktivisten aus den Kommunen zu Wort. Sie alle sind Muslime, die sich zu einem Engagement in politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen entschlossen haben. Sie zählen zur neuen politischen Elite der Muslime in Europa. Aus diesem Grund stehen sie unter ständigem Rechtfertigungszwang, vor allem, um zu erklären, wer sie *nicht* sind. Sie sind weder Fundamentalisten noch Terroristen, und die meisten unterstützen die Einführung der islamischen Religionsgesetze in Europa nicht, erst recht nicht ihre Anwendung auf Christen. In diesem Buch geht es darum, wer diese Menschen sind und was sie wollen.

Rund 300 Personen befragte ich im Rahmen meiner Untersuchung. Ohne ihre Bereitschaft, sich selbst aufs Neue zu erklären, und dies sehr ausführlich und unter dem Druck meiner mitunter auch undiplomatischen Fragen, wäre dieses Buch nicht möglich gewesen. Viele meiner Gesprächspartner luden mich in ihr Büro oder zu sich nach Hause ein. Andere traf ich in Moscheen, in Cafés oder in Büros, die mir von Freunden überall in Westeuropa zur Verfügung gestellt wurden. Oft dauerten Gespräche, die für eine halbe Stunde angesetzt waren, wesentlich länger. Die ausgewählten Führungspersönlichkeiten leben in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

Ich lernte die Parlamentsgebäude dieser sechs Länder kennen. Ich trank Tee im House of Lords und Bier in der

niederländischen Tweede Kamer. Ich sah den leeren Saal des schwedischen Riksdagen – die junge Abgeordnete, die mich herumführte, sprach vom langweiligsten Ort in Stockholm – und zwängte mich in ein Büro von der Größe einer geräumigeren Besenkammer im französischen Senat. Dagegen wirkten die vornehmen Büros im Deutschen Bundestag wie der Traum eines jeden Parlamentariers, bis ich herausfand, dass es einer Genehmigung des Architekten bedarf, wenn man den Mülleimer austauschen oder einen zusätzlichen Stuhl aufstellen möchte.

Ich wurde zu Kaffee und Kuchen oder zum selbst bereiteten Abendessen eingeladen und erfreute mich herzlicher Gastfreundschaft. »Sie sind die erste, die hierher kommt und mit uns spricht«, hörte ich immer wieder; »danke, dass Sie gekommen sind.« Einmal wurde ich beschimpft und ein anderes Mal zum Gehen aufgefordert, da meine Anwesenheit als beleidigend empfunden wurde. Abgesehen von diesen beiden einzigen Fällen hießen mich meine Gesprächspartner, auch wenn meine Anwesenheit als ungewöhnlich empfunden wurde, stets willkommen und behandelten mich äußerst zuvorkommend.

Meine Gesprächspartner waren überwiegend gemäßigte Muslime, aber ich begegnete auch einzelnen Radikalen. Einmal traf ich bei einem Interview auf einen Gesprächsteilnehmer, der sich selbst als »gemäßigt« bezeichnet hatte, aber – wie sich später herausstellte – Mitglied der Hamas ist; das erinnerte mich an die gelegentliche Unehrllichkeit der »alten« Neuen Linken. (Die Hamas, auch als »Islamische Widerstandsbewegung« bekannt, ist eine palästinensische Gruppe mit einem terroristischen Arm, die im Gazastreifen und in der West Bank agiert. Bei der palästinensischen Parlamentswahl im Januar 2006 erhielt sie 42,9 Prozent der Stimmen. Damit gewann sie mit 74 von 132 Sitzen die parlamentarische Mehrheit.) Ein anderes Mal war ich die einzige Frau unter fünfhundert Männern, als ich in einer umgebauten

Fabrikhalle aus dem 19. Jahrhundert dem Freitagsgebet und der *chutba*, der Freitagspredigt, beiwohnte. Das rote Backsteingebäude lag ganz in der Nähe des Kopenhagener Bezirkes, in dem ich vor dreißig Jahren in einer kostenfreien Unterkunft einen heißen Sommer verbracht hatte, als der Stadtteil von Hausbesetzern übernommen worden war. Die Predigt wurde auf Arabisch und Englisch gehalten, und durch ein Simultandolmetschsystem war eine unzulängliche Übersetzung ins Dänische verfügbar.

Was ich hörte, gefiel mir nicht. Aber erst, als ich mich mit dem »Scheich«, wie er genannt werden wollte, traf, wurde mir mulmig zumute. Als ich ihn fragte, wie man mit radikalen Imamen umgehen solle, prangerte er wütend das Versagen der westlichen Demokratien an. Der Islam habe eine gute Chance auf einen Neubeginn in Europa, wenn nur die Europäer ihren eigenen Menschenrechtsbestimmungen gerecht würden, die sie anderen immer predigten, sagte er, und verfiel in eine Schmäherei. Durch das Erscheinen meines wissenschaftlichen Mitarbeiters André wurde die Situation entschärft. Danach zeigte mir der Scheich Kopien einer von ihm kurz zuvor durchgeführten Umfrage unter den Moscheemitgliedern. Es sollte herausgefunden werden, was die Teilnehmer des Freitagsgebets von der *waqf* erwarten. (Eine *waqf* ist eine islamische Wohltätigkeitsorganisation, aber in diesem Falle wurde der Begriff zur Beschreibung der Moscheegemeinschaft und ihres Leiters benutzt.) Soll sich der Scheich intensiver an den Debatten in den Medien beteiligen? ( Ja) Soll die *chutba* politische Fragen, von denen Muslime betroffen sind, ansprechen? ( Ja) Die auf Arabisch, Dänisch und Englisch durchgeführte Umfrage würde jeden evangelikalen Prediger in den USA, der seine Fertigkeiten verbessern und seine Gemeinde erweitern möchte, vor Neid erblassen lassen.



Die gegenwärtige Furcht in Europa vor radikalen muslimischen Geistlichen wird von Geschichten wie dieser angeheizt, aber in den Zeitungsberichten wird meist unterschlagen, dass eine solch manipulative Politisierung des Islam den Muslimen in der Regel genauso viel Unbehagen bereitet wie mir.

Die westeuropäischen Staaten befinden sich in einem Dilemma. Sie beginnen zu erkennen, dass sie Möglichkeiten finden müssen, um die Entwicklung eines unabhängigen Islam in Europa voranzutreiben und finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig sind sie mit der Abwanderung zahlreicher Wähler zu ausländergefeindlichen Parteien konfrontiert. Dieses Dilemma ist der Grund für einige widersprüchliche Signale, die Europa aussendet. So hat einerseits das neue Staatsangehörigkeitsrecht die Einbürgerung von Einwanderern in Deutschland erleichtert und die historische Verknüpfung der deutschen Staatsbürgerschaft an die Abstammung aufgeweicht, andererseits haben einige deutsche Bundesländer Kopftuchverbote im Unterricht erlassen und das Anbringen von Kreuzen in Klassenräumen angeordnet, denn Deutschland sei ein »judäo-christlicher« Staat. In Frankreich dürfen Schülerinnen kein Kopftuch in der Schule tragen. Frankreich bewegt sich auf ein noch umfassenderes Kopftuchverbot zu, während gleichzeitig die Gründung einer Stiftung zur Förderung eines »französischen Islam« bekannt gegeben wird. Die britische Regierung hat Antiterrorgesetze verabschiedet, die unmittelbar auf Muslime zielen, gleichzeitig aber die Berücksichtigung der Scharia, des islamischen Rechts, vor Gericht in Aussicht gestellt.

In diesem brisanten und widersprüchlichen Umfeld errichten Muslime repräsentative Institutionen und beherrschen die Kunst demokratischer Aushandlungsprozesse. Dieses Buch kann der Vielfalt der Reaktionen und den Nuancen der neuen europäischen

Islampolitik nicht gerecht werden. Es skizziert aber, wie ich hoffe, die Umriss der sich abzeichnenden Institutionen, Debatten, Anpassungsprozesse und Konfrontationen, wobei einzelne Zusammenhänge näher erläutert und die wichtigsten übernationalen Unterschiede herausgearbeitet werden.

## Kulturkrieg oder religiöse Duldung?

»Europa ist zum Schlachtfeld geworden«, so der französische Soziologe Gilles Kepel. Dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel Huntington zufolge stehe dem Kontinent ein »Clash of Civilizations«, ein neuer Kulturkampf, bevor.<sup>1</sup> Altbundeskanzler Helmut Schmidt rät, dass ein friedliches Zusammenleben von Islam und Christentum nur in autoritären Staaten möglich sei.<sup>2</sup>

Diese apokalyptischen Äußerungen sind nicht nur kontraproduktiv, sie führen auch auf gefährliche Weise in die Irre. Ich werde zu zeigen versuchen, dass es beim Thema »Islam in Europa« nicht um globalen Krieg oder Frieden geht. Es handelt sich vielmehr um die bekannten innenpolitischen Probleme bezüglich des Verhältnisses von Kirche und Staat, gelegentlich sogar um ganz alltägliche Fragen hinsichtlich staatlicher Regulierung sowie um die Durchsetzung der Gleichberechtigungspolitik. Meine zentrale These lautet, dass Muslime schlicht neue Interessengruppen und ein neues Wählerreservoir darstellen, und dass die politischen Systeme in Europa sich als Folge dieser veränderten Prozesse der Repräsentation, Herausforderung und Kooptation ebenfalls verändern werden.

Es gibt zwar einen Wertekonflikt, aber der vielleicht wichtigste findet zwischen zwei alten europäischen Lagern – den Säkularen und den Konservativen – statt, die beide

nur mühsam mit der neuen Pluralität religiöser Strömungen zurechtkommen. Dieser neue Konflikt wirft tief gehende Fragen auf, die sich indes um die alten europäischen Debatten über die Neutralität des Staates in religiösen Fragen sowie um den Ort des Christentums bei der Herausbildung einer europäischen öffentlichen Identität drehen.

Europas muslimische politische Führer bezwecken weder den Umsturz der liberalen Demokratie noch die Ersetzung des säkularisierten Rechtsstaats durch das islamische Recht, die Scharia. Die meisten Muslime suchen nach Möglichkeiten, Institutionen aufzubauen, die ihnen die Ausübung ihrer Religion auf eine Weise erlauben, die mit sozialer Integration einhergeht. Selbstverständlich gibt es keine einheitliche muslimische Position zur Weiterentwicklung des Islam in Europa, sondern eine Vielzahl von Sichtweisen. Die gesellschaftliche Integration der Muslime wird im Allgemeinen als Notwendigkeit betrachtet. Weit verbreitet ist auch die Ansicht, Europas Muslime sollten die Förderung ihrer lokalen Institutionen nicht außereuropäischen islamischen Geldgebern überlassen, sondern ihren Glauben in lokal finanzierten Moscheen mit Hilfe von Imamen praktizieren, die an europäischen Universitäten und Seminaren ausgebildet worden sind.

## Außenpolitik

Huntington sagt eine entscheidende historische, globale Konfrontation zwischen »dem Islam« und »dem Westen« voraus, und er deutet Probleme mit muslimischen Minderheiten in westlichen Ländern als örtliche Scharmützel in diesem internationalen Kampf, der

letztendlich um Werte, Symbole und Identität geführt werden wird.

Zahlreiche Ereignisse wie die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001, die Madrider Zugattentate am 11. März 2004 sowie die Bombenanschläge und versuchten Attentate in London am 7. und 21. Juli 2005 scheinen zu bestätigen, dass der Westen zur Verteidigung von Liberalismus und Christentum gegen die muslimische Bedrohung in der eigenen Mitte vorgehen muss. Die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh auf offener Straße in Amsterdam im November 2004 durch Mohammed B., einem Niederländer marokkanischer Herkunft mit Verbindungen zur Terrorgruppe Hisbollah, führte zu heftigen Reaktionen in ganz Nordeuropa. In den folgenden Wochen wurden in den Niederlanden über zwanzig religiöse Grundschulen, Moscheen und Kirchen von selbst ernannten christlichen Kreuzrittern sowie von islamistischen Gotteskriegerern niedergebrannt. Die Kommentatoren in den Zeitungen und im Fernsehen fragten – und für die meisten lag die Antwort auf der Hand: »Ist so etwas auch bei uns möglich? Was ist schief gelaufen?«

Huntingtons These beruht auf zwei Grundannahmen. Die erste sieht in der Religion die wichtigste Quelle islamischer Identität und Wertorientierung. »Liberale« und »islamische« Werte stünden sich unversöhnlich gegenüber. Der religiöse Moslem könne öffentliches Recht und private Religion nicht trennen. Daher könnten nur Personen, die wesentliche Teile des Islams ablehnen, als vertrauenswürdige Gesprächspartner für demokratische Gesellschaften gelten. Die zweite Annahme postuliert einen globalen Machtkampf zwischen Islam und Christentum. Der Islam wird als Monolith dargestellt, der bestrebt sei, die Weltherrschaft zu erringen. So schreibt Bernard Lewis, Historiker an der Universität Princeton: »Bei jeglichem

Zusammenstoß zwischen Islam und den Ungläubigen muss der Islam dominieren.«<sup>3</sup> Aus dieser Perspektive wird das Kopftuch muslimischer Schülerinnen in einer Weise überbewertet, die weit über die persönlichen Motive der Mädchen, das Kopftuch zu tragen, hinausgeht.

Doch der innenpolitische Konflikt über die Integration des Islam in europäische Gesellschaften hat wenig mit Außenpolitik zu tun. Muslime in Großbritannien und den USA, den Verbündeten im Irak-Krieg, sehen sich weniger Hindernissen bei der Entwicklung ihrer Glaubensinstitutionen gegenüber als Muslime in Frankreich und Deutschland, den beiden führenden europäischen Kriegsgegnern. Innenpolitische Konflikte haben häufig lokale Ursachen, die in der jeweiligen Geschichte der modernen europäischen Staaten verwurzelt sind. Eine oft vernachlässigte Einflussgröße ist das Erbe der »Stabilitätspakte«, die zwischen den Volkskirchen und den europäischen Staaten im Laufe der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der verschiedenen Verfassungsreformen im 20. Jahrhundert geschlossen wurden. Die Anpassung des Islam erfordert eine Neubewertung dieser Verträge und zwingt nationale Kirchen zu einer Überprüfung ihrer Position im Hinblick auf die Missionsarbeit, auf interreligiöse Beziehungen und selbst auf theologische und liturgische Fragen.

Bis vor kurzem zögerten europäische Regierungen, politische Strategien zur Integration muslimischer Minderheiten zu formulieren. Muslime interpretieren dieses Versäumnis als eine weitere Form der Diskriminierung, zusätzlich zu der täglich erlebten am Arbeitsplatz, bei der Ausbildung und bei der Vergabe von Sozialleistungen. Mittlerweile haben die europäischen Regierungen damit begonnen, sich mit diesen Problemfeldern auseinander zu setzen. Erste Maßnahmen wie das Verbot des *hidschab* (Kopftuch) für muslimische Schülerinnen und Lehrerinnen, die Beschränkung ritueller

Schächtigungen und Einwanderungskontrollen für Imame provozierten neue Konflikte. Die Maßnahmen wurden häufig als diskriminierend wahrgenommen, aber gelegentlich auch von muslimischen Führern unterstützt. Gegen das Einreiseverbot radikaler Geistlicher regt sich kaum Widerspruch, obwohl nach allgemeiner Auffassung auch Muslimen das demokratische Recht zusteht, Dummheiten zu äußern. Die meisten Muslime sind der Ansicht, dass das Kopftuch toleriert werden sollte, aber viele lehnen sein Tragen ab. Nur wenige Regierungen haben demokratische Beratungsmechanismen mit Muslimen institutionalisiert oder sich mit der Tatsache arrangiert, dass sie es mit einer sehr differenzierten Religionsgemeinschaft zu tun haben, die nicht nach europäischem Brauch durch ein einziges, »nationales« Kirchenoberhaupt repräsentiert wird.

## Weshalb plötzlich die Probleme?

Jahrzehntelang schenkten Europäer den bescheidenen Gebetshäusern und Moscheen, die in ihren Städten aus dem Boden schossen, wenig Beachtung. Wohlwollende Vernachlässigung war die bevorzugte offizielle Reaktion auf die wachsende Präsenz muslimischer Einwanderer. Ein niederländischer Anthropologe, Jan Rath, und seine Mitarbeiter fanden heraus, dass der erste Hinweis auf Muslime in niederländischen Regierungsquellen ein Memorandum aus dem Jahre 1970 über ausländische Arbeiter war. Dieses Dokument wies indirekt auf die Notwendigkeit ihrer »seelsorgerischen Betreuung« hin.<sup>4</sup>

Die mangelnde politische Einbeziehung der Muslime hat sowohl historische als auch politische Ursachen. Als die ersten Muslime in den fünfziger und sechziger Jahren nach Europa kamen, erwartete niemand, dass sie bleiben

würden. Es handelte sich meist um Arbeitsmigranten, häufig allein stehend und männlich, Gastarbeiter, die nach einigen Jahren mit dem erarbeiteten Geld zu ihren Familien zurückkehren würden. Ironischerweise hat erst die kollektive Erkenntnis der europäischen Muslime, dass sie »hier sind, um zu bleiben«, den Konflikt ausgelöst. Die ersten Forderungen der Muslime nach Integration machten deutlich, wie sehr sich die Europäer und ihre Regierungen verändern müssten, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

In Westeuropa leben über 15 Millionen Muslime; die genaue Zahl liegt im Dunkeln. Die Zahl wird oft künstlich aufgebläht, weil Muslime in Führungspositionen und populistische Politiker die Zahlen gerne für ihre Zwecke in die Höhe treiben, aber auch, weil es kaum verlässliche statistische Quellen gibt. Da in den Volkszählungen der meisten Länder die Religionszugehörigkeit nicht erfasst wird, ist es üblich, den Anteil der muslimischen Bevölkerung pauschal aus den Zahlen der Einwanderungsstatistik zu errechnen. Wenn zum Beispiel in Deutschland 2,4 Millionen türkischstämmige Einwohner leben und 98 Prozent der türkischen Bevölkerung Muslime sind, dann leben 2,3 Millionen türkischstämmige Muslime in Deutschland. (Katholiken, Protestanten und Juden werden offiziell mitgezählt, da die Konfession auf der deutschen Lohnsteuererklärung zur Verrechnung der Kirchensteuer angegeben wird. Da der Islam in Deutschland keine anerkannte Konfession ist, werden Muslime nicht erfasst.) Besteht die türkische Bevölkerung zu zwei Dritteln aus Sunniten und einem Drittel aus Schiiten, dann wird angenommen, dass sich die türkische Minderheit in Deutschland in ähnlicher Weise aufteilt. In Frankreich wird die Anzahl der Muslime regelmäßig mit fünf Millionen angegeben. Ein offizieller Bericht des Haut Conseil à L'Intégration vom November 2000 schätzt ihre Anzahl mit 4,1 Millionen etwas niedriger ein.<sup>[5]</sup> Patrick

Simon, ein französischer Bevölkerungswissenschaftler, hält diese Zahl immer noch für zu hoch. Mit der beschriebenen Methode schätzt er die Anzahl der in Frankreich lebenden Muslime auf ungefähr 2,6, höchstens drei Millionen.<sup>[6]</sup> Aber auch diese Schätzmethode läuft Gefahr, die Größe der muslimischen Bevölkerung nach oben zu verzerren, weil Integrationsprozesse durch Mischehen oder die Akkulturation der Nachkommen nicht berücksichtigt werden. Obendrein werden Herkunftsland und religiöse Zugehörigkeit vermischt. (Ebenso wenig wird die Konversion zum Islam erfasst.)

Laut dem Zensus von 2001, in dem nach der Religionszugehörigkeit gefragt wurde, leben in Großbritannien 1,5 Millionen Muslime; dies entspricht drei Prozent der Gesamtbevölkerung.<sup>[7]</sup> In diesen offiziellen Schätzungen sind jedoch keine Angaben über illegale Einwanderer enthalten, die in den vergangenen Jahren vor allem aus überwiegend muslimischen Ländern wie Albanien, Algerien, Marokko und Nigeria gekommen sind. Allein in Spanien war in den vergangenen zehn Jahren ein Zuwachs von vier Millionen illegalen Einwanderern aus Nordafrika zu verzeichnen. In Deutschland reichen die Schätzungen von 0,6 bis 1,5 Millionen Menschen, die illegal eingewandert sind; der Anteil der Muslime ist nicht bekannt.

Die Reaktion der Öffentlichkeit in den westeuropäischen Ländern auf die zunehmende Präsenz von Anhängern einer fremden Religion fiel erstaunlich ähnlich aus. Vom protestantischen Skandinavien über die pluralistischen Niederlande bis zum katholischen Frankreich entzündeten sich Kontroversen über religiöse Feiertage, Gebetsmöglichkeiten, das Tragen muslimischer Kleidung am Arbeitsplatz, die Vergabe von Baugenehmigungen für Moscheen, das Staatseigentum von Friedhöfen, die Besorgnis, rituelle Schächtungen verletzen die Rechte von Tieren, ferner über die seelsorgerische Betreuung von



Muslimen in Gefängnissen und Sozialeinrichtungen, den Religionsunterricht an staatlichen Schulen sowie über Angelegenheiten des Scheidungs- und des Familienrechts.

Zur selben Zeit sind Zweifel daran gewachsen, ob Muslime westlichen Werten loyal gegenüberstehen können. Dieses Thema erfuhr 1989 eine erste Zuspitzung, als der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini die Todesstrafe gegen Salman Rushdie verhängte, da dieser in seinem Roman *Die Satanischen Verse* den Propheten Mohammed in blasphemischer Weise beschrieben habe.<sup>[8]</sup> Demonstrationen und Bücherverbrennungen in den englischen Städten Bradford und Oldham sowie gewalttätige Ausschreitungen quer durch die islamische Welt luden zum Vergleich mit den faschistischen Scheiterhaufen verbotener Bücher in den dreißiger Jahren ein.<sup>[9]</sup>

Zehn Jahre später wuchs die Angst, dass sich terroristische Netzwerke in wenig bekannte Moscheen in Europa einnisten könnten. Mohammed Atta, einer der Terroristen des 11. September 2001, besuchte regelmäßig die Al-Quds-Moschee in Hamburg. Als die deutsche Polizei eine Tonbandaufnahme mit den wutentbrannten Worten des Imams dieser Moschee – ein Mann marokkanischer Herkunft, der unter seinem Nachnamen Al-Fazizi bekannt ist – fand: »Christen und Juden gehören die Häse durchgeschnitten!«, führte das zur Festnahme von sieben Männern der Moschee wegen Terrorismusverdacht.<sup>[10]</sup> Einem 37 Jahre alten schwedischen Moslem, der wegen unerlaubten Waffenbesitzes und der Planung terroristischer Anschläge verurteilt war, wurden Verbindungen zur Moschee am Londoner Finsbury Park mit ihrem radikalen Prediger Abu Hamza nachgewiesen.<sup>[11]</sup> Auch der »Schuhbomber« Richard Reid sowie Zacarias Moussaoui, der als zwanzigster Todespilot des 11. September verdächtigt wird, wurden mit der Moschee am Finsbury Park in Zusammenhang gebracht. Abu Hamza

wurde zum Sinnbild all jener, die fürchteten, ein neuer *Dschihad* (ein »heiliger Kampf«) werde in Europa vorbereitet.<sup>[12]</sup> Gleiches galt für den »Kalifen von Köln«, Metin Kaplan, der im Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben wurde, wo ihn ein Strafverfahren wegen Mordes erwartete. Für die überwältigende Mehrheit der europäischen Muslime sind die Tiraden solcher Kleriker ebenso abstoßend wie für Christen.

Der muslimische Mainstream wird besser von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren repräsentiert, die von Wählern und Parteien sowie von den Führern nationaler muslimischer Verbände und von Organisationen der Gemeinden in öffentliche Ämter gewählt worden sind. Deshalb stehen ihre Ansichten und ihre Politik im Mittelpunkt dieses Buches. Europäische Muslime sind notwendige Partner in den Verhandlungen zur Einbindung des Islam, und die muslimischen politischen und zivilgesellschaftlichen Eliten spielen in diesem Prozess die Schlüsselrollen. Der Prüfstein der Demokratie liegt in ihrer Fähigkeit, auf Ansprüche und Bedürfnisse neuer sozialer Gruppen zu reagieren und neue Eliten, die diese Ansprüche repräsentieren, zu integrieren. Die Aussicht auf eine dauerhafte Integration des Islam hängt zum einen von der Problemlösungsfähigkeit der Regierungen ab, zum anderen von der Beteiligung der muslimischen Eliten am Konfliktlösungsprozess.<sup>[13]</sup>

Was erwartet die politische Elite der Muslime in Europa von den Regierungen? Die muslimische politische und gesellschaftliche Elite besteht aus Ingenieuren, Ärzten, Sozialarbeitern, Anwälten, Freiberuflern und Unternehmern. Zu Beginn meiner Untersuchung fiel mir auf, dass diejenigen Menschen, die sich für ein Leben in Europa entschieden haben und ihre Akzeptanz europäischer Normen und Institutionen durch ihre Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zum Ausdruck bringen, nicht die Meinungen über »den

Westen« teilen, die ihnen die These vom »Kampf der Kulturen« zuschreibt. Aber wie stark fühlen sich Muslime liberalen Werten verpflichtet? Und wie erklärt sich die Eskalation des Konflikts um die gesellschaftliche Einbeziehung des Islam? Dieses Buch sucht nach Antworten auf diese Fragen.

## Liberaler und illiberaler Christen

Es ist unmöglich, den »Zusammenprall der Traditionen« (*clash of practices*)<sup>14</sup>, der durch die Forderungen der Muslime nach Anerkennung eingeleitet wurde, zu diskutieren, ohne die Reaktionen der christlichen Kirchen zu berücksichtigen. Die Annahme, das öffentliche Leben in Europa sei säkular, ist ein verbreiteter Trugschluss. Im Gegenteil, jahrhundertlang gewährten die europäischen Staaten den christlichen Kirchen Privilegien, die von der Finanzierung religiöser Schulen über Steuergeschenke und die Instandhaltung kirchlicher Grundstücke bis zur Bezahlung der Gehälter geistlicher Würdenträger reichten. Die meisten Europäer sind es gewohnt, sich bei der öffentlichen Bereitstellung seelsorgerischer Angebote auf den Staat zu verlassen, von Friedhöfen und Kirchen bis zur Ausbildung von Pfarrern. Diese Neigung der aktuellen Politik wurde erst bemerkt, als sich die unterschiedlichen Bräuche der Religionen von Einwanderern verstärkt bemerkbar machten.

Die muslimischen Eliten zögern, allzu nachdrücklich auf Gleichbehandlung in allen Bereichen zu drängen. Als die deutschen Grünen in die lange Liste offizieller deutscher Feiertage auch einen islamischen Feiertag – *Eid al Fitr*, das Ende des Fastenmonats Ramadan – einfügen wollten, ernteten sie von den anderen Parteien Spott.<sup>15</sup> Nur wenigen Muslimen, mit denen ich gesprochen habe, ist der

Feiertag eine Auseinandersetzung wert. Ihnen genügten arbeitsrechtliche Bestimmungen, die ihnen erlauben, sich an diesem Tag frei nehmen zu können. In der gegenwärtigen Situation ist der Vorschlag, dass Christen an einem islamischen Feiertag arbeitsfrei haben sollen, für die christlich-muslimischen Beziehungen nicht förderlich. Eine muslimische Abgeordnete in den Niederlanden erwiderte auf meinen Vorschlag, angesichts eindeutiger Hinweise auf weit verbreitete Diskriminierungen am Arbeitsplatz bessere Antidiskriminierungsgesetze zu erlassen, dass »jegliche Opferhaltung der Muslime momentan nicht weiterhilft, da Christen der Meinung sind, Muslime würden ohnehin schon zu viel beanspruchen«. <sup>16</sup>

Diese Diskussion ist ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit einer breiten Debatte über die Auswirkungen staatlicher Neutralität und die Gleichbehandlung der Religionen. Anlass zur Besorgnis sehen die muslimischen Führer vor allem in der hartnäckigen Fehldarstellung des Islam durch Medien und Politiker, in fehlenden politischen Initiativen zur Unterstützung islamisch-religiöser Organisationen und in der mangelnden öffentlichen Anerkennung der Tatsache, dass auch die hier lebenden Muslime Europäer sind.

## Religiöse Wiederbelebung Europas?

Wird Europa zum neuen Zentrum einer islamischen Renaissance? Gilles Kepel und Tariq Ramadan bejahen diese Frage. Kepel sieht in den neuen muslimischen Vereinigungen Europas Trojanische Pferde für die globale Ausbreitung des Islam. Eine ähnliche Auffassung vertritt Fouad Ajami, der noch besorgniserregendere Konsequenzen vorhersieht. <sup>17</sup> Für Ramadan wiederum ist eine Wiederbelebung des Islam in Europa möglich, weil

europäische Muslime in der Lage sind, eine von völkischen Doktrinen und Ritualen, die den Alltag in der islamischen Welt bestimmen, befreite Form des Islam zu entwickeln.<sup>18</sup>

Obwohl ein Prozess religiöser Reformen in Gang gekommen ist, fehlt es noch an der von Kepel und Ajami behaupteten und der von Ramadan gewünschten Kohärenz dieser Aktivitäten – von Koranstudienkreisen bis zu kollektiven Übersetzungsprojekten. Konvertiten und junge einheimische Muslime, die sich eigenen Angaben zufolge nach Spiritualität sehnen, fühlen sich in gleichem Maße angezogen. Einige Gruppen begrüßen sogar Frauen oder Homosexuelle als ebenbürtige Partner und gestatten Frauen die Rolle der Vorbeterin in der Moschee. Die Traditionalisten sind deutlich in der Mehrheit, aber selbst sie akzeptierten im Allgemeinen, dass der Islam reformiert werden müsse und dass es insbesondere gelte, sich mit der Rolle der Frau auseinanderzusetzen. *Idschihad*, die Praxis, sich bei der Neuauslegung und Anwendung religiöser Gesetze der Vernunft zu bedienen, ist zum Kriegsruf selbst ernannter moderater und progressiver Muslime geworden, die den Glauben mit einem integrierten Lebensstil und ihrer beruflichen Tätigkeit verbinden wollen.

Die islamischen Länder haben sich darum bemüht, Europas Muslime zu kontrollieren, etwa durch die Entsendung von Imamen mit sehr traditionellen Ansichten oder durch die Finanzierung des Baus von Moscheen in Europas großen Städten. Lokale Moscheegemeinden rekrutieren Imame aus *madrassas* »von daheim«, die den Moscheeältesten bekannt sind. In anderen Fällen schicken die Spender aus Saudi-Arabien, Libyen oder Pakistan ihre Imame mit den Spenden gleich mit. Das türkische Ministerium für religiöse Angelegenheiten, die *Diyanet*, hat im Einvernehmen mit den nationalen Regierungen rund 1.200 Imame nach Europa entsandt. Dabei handelt es sich um gut ausgebildete Imame, die keine islamistischen Ziele predigen; aber sie beherrschen nur selten die jeweilige

europäische Sprache und werden von der jungen Generation, welche die Leitung der Moscheen übernommen hat, zunehmend als unangemessene spirituelle Führer angesehen.

Ausländische Geldquellen – sowohl private als auch staatliche – sind mittlerweile unerwünscht, und ausländische Imame sind nicht in der Lage, leicht mit der jüngeren Generation zu kommunizieren. Die europäischen Länder unternehmen jedoch nur wenig, um dieses Vakuum zu füllen. Die französische Regierung hat die Initiative ergriffen, um zusammen mit muslimischen Gemeinderäten ein Ausbildungsprogramm für einheimische Imame zu entwickeln. Die niederländische Regierung verpflichtet mittlerweile alle Imame zur Teilnahme an einem Akkulturationsprogramm, bei dem sie sowohl in der Landessprache als auch in Teilen niederländischen Rechts, das in ihr Tätigkeitsgebiet fällt, unterwiesen werden. An der Amsterdamer Universität wurde ein neuer Studiengang entwickelt, der mit dem Zertifikat zum islamischen Kaplansamt abgeschlossen werden kann. Dänemark hat indes einen Visastopp für diejenigen ausländischen Imame verhängt, die das Land als »islamische Missionare« bezeichnet. Schweden und Spanien haben bescheidene Beträge für den Bau von Moscheen bereitgestellt und erste Schritte zur Einbindung des Islam in eine allgemeine Politik zum Schutz von Minderheitenreligionen unternommen. In Belgien und Schweden wurden Möglichkeiten gefunden, einigen Imamen direkt oder indirekt Gehälter zu zahlen.

All dies sind kleine Initiativen, doch an der Tatsache, dass europäische Regierungen nur ungern als Förderer des Islam auftreten, hat sich im Wesentlichen nichts geändert. Manche etablierte Partei stellt gar die Legitimität der religiösen Bedürfnisse europäischer Muslime in Frage: »Deutschland ist kein islamisches, sondern ein christliches Land«, sagte Wolfgang Bosbach, damals innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, »und wir

sollten nicht gezwungen werden, dem Islam entgegenzukommen.« <sup>19</sup> Das ist eine extreme Sichtweise, aber auch bei Befürwortern moderater Zugeständnisse besteht hinsichtlich des Ziels Integration oder Assimilation keine Übereinstimmung.

Der Begriff Integration meint einen wechselseitigen Prozess des Gebens und Nehmens, während Assimilation suggeriert, dass sich die Einwanderer anzupassen haben. Wenn Koexistenz, ein friedliches Nebeneinander oder einfach nur die Tolerierung der Einwanderungsreligionen und ihrer Bräuche angestrebt wird, liegt die Anpassungslast auf Seiten der europäischen Gesellschaften. Manche muslimische Politiker – in Europa geborene wie zugewanderte – sprechen sich für einen minimalen gemeinsamen Nenner bezüglich Konfliktlösungsprinzipien und der Werte der Verfassung aus. Anderen geht es mehr um die Tiefe sozialer Bindungen und um gesellschaftlichen Zusammenhalt, und sie richten den Blick auf die Bedeutung von Wertvorstellungen als Ressourcen für die Gemeinschaft und als Vorbedingungen sozialer Solidarität. Interessanterweise lehnen die meisten Befragten eine Minimallösung ab; diese könnte als Arrangement »getrennter Lebensbereiche« oder als Multikulturalismus verstanden werden. Ihre Gründe sind unterschiedlich, aber viele Muslime befürchten, dass eine solche Politik die (Rechts-)Gleichheit gefährden könnte und ihre Ungleichbehandlung durch lokale Behörden, die Polizei und nationale Politiker festschreiben würde. Andere bemerken, dass Multikulturalismus in europäischen Gesellschaften nicht hinnehmbar sei.

Die Messlatte für echte Integration kann hoch oder niedrig angelegt werden, aber in der Praxis widersprechen nur die wenigsten der Auffassung, dass Integration die wechselseitige Anpassung von Muslimen und der Bevölkerungsmehrheit erfordert. Ein muslimischer Abgeordneter in den Niederlanden, der von der

christdemokratischen Partei gewählt wurde, brachte seine Meinung über die Notwendigkeit des Wandels in der muslimischen Gemeinschaft offen zum Ausdruck. Er erwähnte den Mangel an Frauen in Führungspositionen muslimischer Organisationen. Es sei nicht falsch, über Segregation zu diskutieren, meinte er, und bezog sich auf die heftige niederländische Debatte über »Parallelgesellschaften«, aber Muslime hätten ein Recht auf Respekt. Die Schmerzgrenze sei dann erreicht, wenn Politiker den Islam als »rückwärtsgewandte Religion« bezeichneten.<sup>[20]</sup> Diese Schwelle wurde in der Zeit nach diesem Interview in öffentlichen Diskussionen in den Niederlanden mehrfach überschritten.

Ein Dialog darüber, wie die Integration des Islam in Europa zu erreichen sei, fordert zum einen, dass politische Entscheidungsträger Muslime als Partner bei der Politikgestaltung begreifen; zum anderen gilt es, die derzeitigen Rahmenbedingungen zu verändern. Keine dieser Prämissen findet gegenwärtig Akzeptanz in Europa.

## Über dieses Buch

Die Interviews zu dieser Studie wurden von September 2003 bis Februar 2005 in Schweden, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden durchgeführt. Ein Großteil der europäischen Muslime lebt in diesen Ländern, und in allen sechs Ländern werden öffentliche Debatten über die Präsenz des Islam geführt. Die sechs Staaten unterscheiden sich hinsichtlich des Verhältnisses von Kirche und Staat sowie bezüglich ihrer Mehrheitsreligion.

Schweden und Dänemark sind stark protestantisch geprägte Länder. Frankreich ist überwiegend römisch-katholisch. In Deutschland gibt es zwei anerkannte



Konfessionen, den Protestantismus und den Katholizismus. Weniger als die Hälfte der britischen Bevölkerung gehört der englischen Staatskirche, der Church of England, an. Großbritannien ist in religiöser Hinsicht in vier Landesteile gegliedert, mit einer etablierten Kirche in England, der anglikanischen Church of England, und einer nationalen, prebyterianischen Kirche in Schottland mit wenigen Privilegien (Church of Scotland); in Wales und in Nordirland gibt es keine etablierte Kirche. Nur die Church of England verfügt über eine automatische Repräsentanz im britischen Oberhaus, dem House of Lords, das auch Wales, Schottland und Nordirland vertritt. Die Niederlande sind der einzige der hier ausgewählten Staaten mit einer langen Tradition religiöser Pluralität, aber auch hier erfolgte die Trennung von Kirche und Staat erst im Jahr 1983.

Ich fragte führende Muslime nach ihrer Interpretation des Islam, nach ihrer Meinung über den Charakter und die Ursachen der gegenwärtigen Probleme von Muslimen in Europa sowie über die den Islam und die Muslime betreffende Innenpolitik. Den Begriff »Islam« benutze ich bezogen auf die Religion und auf die Glaubenseinrichtungen; »Muslime« sind in meinem Sprachgebrauch Menschen, die entweder ihren Glauben praktizieren oder einen muslimischen Familienhintergrund haben. Die Bezeichnung »muslimisch« benutze ich zur Kennzeichnung von Glaubenszugehörigkeit und Tradition, wie dies auch bei den Bezeichnungen »christlich« oder »jüdisch« üblich ist. Der Begriff ist dehnbar und nicht eindeutig bestimmt. Vor Beginn der Befragung habe ich keine Hypothese über den Bedeutungsgrad des Glaubens für die Teilnehmer aufgestellt; dies war vielmehr eine Fragekategorie. Die Auswahlmethode der Eliten, die Zielsetzung der Fragen und die Durchführung der Interviews werden detailliert im Anhang beschrieben.

Das Buchs beruht nicht auf einer repräsentativen Erhebung. Es will vielmehr einen Einblick vermitteln in die Reichweite der vertretenen Ansichten sowie übergreifende Anliegen und Präferenzen im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten darstellen. Die Untersuchung sollte daher eher als politische Anthropologie muslimischer Eliten denn als Meinungsumfrage gelesen werden. Die Fragen bezogen sich auf die Vorstellungen der Teilnehmer zu den Integrationsmöglichkeiten des Islam und ihre Meinung darüber, wie es um die Integration gegenwärtig tatsächlich bestellt ist. Ich fragte auch danach, welche Veränderungen Muslime vornehmen müssten, um sich europäischen Normen anzupassen. Schließlich erkundete ich, worin nach Ansicht der Befragten die wesentlichen Probleme bestehen, denen Muslime in Europa ausgesetzt sind. Ein Drittel der Interviews erfolgte in persönlichen Befragungen, die übrigen mit standardisiertem Fragebogen per E-Mail, Fax oder Telefon. Insgesamt habe ich gut dreihundert Interviews geführt.

Die in diesem Buch zitierten Personen bleiben vorwiegend anonym oder erhalten fiktive Namen (in der Form eines Vornamens). Nur diejenigen Personen werden mit richtigem Namen zitiert, deren Aussagen entweder öffentlich zugänglich sind (mit Angabe der Quelle) oder die mir ihre Erlaubnis dazu erteilt haben. Diese Praxis entspricht den Vorgaben, die bei der Arbeit mit Menschen als wissenschaftlichem Untersuchungsgegenstand zu beachten sind. Sachkundige Leser werden gelegentlich die Identität anonym zitierter Personen erraten können. Zum Beispiel gibt es nur zwei französische muslimische Senatorinnen; allerdings hielt ich es auch in diesem Fall für angebracht, dem oben genannten Zitiergrundsatz zu folgen.

Bei der häufig gestellten Frage nach der Repräsentativität wissenschaftlicher Untersuchungen sollte berücksichtigt werden, dass das Maß der Repräsentativität

kaum zu beurteilen ist, wenn die Größe der Bevölkerungsgruppe, von der eine Stichprobe gewünscht wird, nur geschätzt werden kann. Meiner Schätzung nach erfüllen 1.500 bis 2.000 Personen der sechs berücksichtigten Länder meine Definition gewählter oder ernannter Führungspersönlichkeiten mit muslimischem Hintergrund beziehungsweise Glauben, die in einer regionalen oder überregionalen zivilgesellschaftlichen oder politischen Organisation tätig sind. Da kein »Wer ist Wer im europäischen Islam« existiert, aus dem ich eine Zufallsstichprobe hätte ableiten können, entschied ich mich, mit so vielen Muslimen wie möglich in Parlamenten, Stadtverwaltungen und politischen Parteien zu sprechen. Ich interviewte Parlamentsabgeordnete, Stadträte, Vorsitzende und Sprecher zivilgesellschaftlicher Verbände, Lobbygruppen und Dachverbände von Moscheeräten auf lokaler und auf nationaler Ebene, ferner interkonfessionelle Gruppen sowie einige der herausragenden Imame und Islamwissenschaftler Europas. Sie wurden gebeten, sich nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Organisation, sondern als Privatpersonen zu äußern. Daneben hatte ich Gelegenheit, christliche Kirchenleiter und nichtmuslimische Politiker, die sich mit der Integration des Islam auseinandersetzen, zu befragen.

Im ersten Kapitel beschreibe ich die neuen muslimischen Eliten. Ein häufiger Trugschluss ist die Annahme, dass die heutigen nationalen muslimischen Vereinigungen in der Tradition früherer Exilorganisationen aus islamischen Ländern stehen. Muslimische Organisationen, die den Glauben mit politischer Lobbyarbeit verbinden, werden oft als Abkömmlinge der Muslimbruderschaft beschrieben, der 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründet und heute dort sowie in zahlreichen arabischen Ländern verbotenen religiös-politischen Erneuerungsbewegung. Doch dieses Etikett vermengt Gruppen und Einzelpersonen, die kaum Gemeinsamkeiten aufweisen. Kepel bemerkt zu

Recht, dass die politische Philosophie der Muslimbruderschaft in Europa weitgehend verurteilt wird.<sup>[21]</sup> Ein weiterer Trugschluss besteht darin, in der heutigen Elite Nachkommen der ersten Arbeitsmigranten zu sehen. Die neuen muslimischen Verbände unterscheiden sich grundlegend von den alten, auf Auswanderer und Arbeitsmigranten zugeschnittenen Organisationen, deren Mitglieder meist ihre Familien in der Heimat zurückgelassen hatten. Die meisten der muslimischen Führungspersönlichkeiten sind im Ausland geborene Einwanderer, die überwiegend als Flüchtlinge gekommen sind.

Im zweiten und dritten Kapitel beschreibe ich die Meinungen dieser Menschen über zentrale politische Streitfragen und berichte über ihre Vorschläge zur Integration des Islam in Europa. Nur eine Minderheit hält die Integration des Islam weder für machbar noch für wünschenswert, sei es aus Furcht vor Assimilation oder als Folge der Ansicht, dass der Islam nicht anpassungsfähig sei. Das vierte Kapitel handelt von drei politischen Versäumnissen, Muslimen ihre Religionsausübung zu erleichtern. Dazu gehören die fehlende Einrichtung von Friedhöfen, auf denen Muslime nach religiösen Vorschriften beerdigt werden können, die Beschränkung der rituellen Schächtung und die Halal-Zertifizierung (Bescheinigung, dass Lebensmittel gemäß den religiösen Vorschriften des Islam hergestellt werden) sowie die fast gescheiterte Einführung von anerkannten Imam-Ausbildungsprogrammen an Universitäten. Im fünften Kapitel werden anhand der bestehenden Beziehungen zwischen Kirche und Staat die Grenzen staatlicher Neutralität in Glaubensfragen beschrieben. Anschließend analysiere ich die Konflikte innerhalb der christlichen Kirchen um einen »abrahamitischen« Ansatz bezüglich des interreligiösen Dialogs der drei monotheistischen Weltreligionen Christentum, Judentum und Islam.

Gegenstand des sechsten und letzten Kapitels ist die Diskussion um Multikulturalismus und islamische Geschlechterpolitik in Europa.

# 1. Europas neue politische Eliten der Muslime

Farah Karimi ist aus politischen Gründen aus dem Iran geflohen und wurde 1998, zehn Jahre, nachdem sie in die Niederlande gekommen war, für die Grünen (Groen Links) ins niederländische Parlament, die Tweede Kamer, gewählt. Als Studentin hatte sie 1979 an der Islamischen Revolution teilgenommen, aber als die neue Regierung begann, einschneidende religiöse Gesetze zu beschließen, sah sie ihre Hoffnungen auf eine nationale und demokratische Revolution enttäuscht. Frauen wurden von Männer an den Universitäten und in der Öffentlichkeit getrennt. Das Tragen des *hidschab*, des islamischen Kopftuchs, welches die Revolutionäre aus Protest gegen die vom Schah erzwungene Verwestlichung angelegt hatten, wurde verpflichtend. Heute denkt Karimi, dass sie naiv gewesen ist, als sie sich der Studentenbewegung anschloss: »Wir glaubten, dass der Islam gut sei, weil er aus unserer eigenen Kultur stammte.«<sup>22</sup> Sie ist sehr besorgt über den Konservatismus der muslimischen Gemeinschaft in den Niederlanden und verweist darauf, dass die Einwanderungsorganisationen durchweg von alten Männern geleitet würden.

Zugleich verzweifelt sie darüber, dass die niederländischen Politiker nicht den Mut aufbringen, der Öffentlichkeit zu erklären, warum es notwendig sei, auch unpopuläre Maßnahmen zu finanzieren. Man benötige öffentlich finanzierte Islamschulen, in denen Imame ausgebildet werden, um zu verhindern, dass aus Ländern wie Saudi-Arabien oder der Türkei Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft in den Niederlanden ausgeübt